

# Sächsisches Amtsblatt

Nr. 11/2024

14. März 2024

## Inhaltsverzeichnis

### Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über den Gesamtbetrag des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer für den Zeitraum November bis Dezember 2023 23-FV 5031/2/28-2024/12112 vom 28. Februar 2024 ..... 282

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über den Gesamtbetrag des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer für den Monat Januar 2024 23-FV 5031/2/28-2024/12112 vom 28. Februar 2024 ..... 283

### Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen nach § 5 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben „Wesentliche Änderung der mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage durch Umstellung der mechanischen Behandlung auf Ein-Linien-Betrieb und Errichtung einer Vorabsiebung“ der Firma Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV) am Standort 04463 Großpösna, Am Westufer 3 Gz.: 44-8431/2848/8 vom 13. Februar 2024 ..... 284

### Andere Behörden und Körperschaften

Richtlinie der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM) zur Fortsetzung der Förderung von Medienkompetenz innerhalb regionaler Wirkungskreise in Sachsen (Förderrichtlinie Medienkompetenz 2025 – FöRiLMK2025) vom 27. Februar 2024 ..... 286

Bekanntmachung der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM) über die Änderung der Richtlinie zur Förderung von Medienkompetenz innerhalb regionaler Wirkungskreise in Sachsen (Förderrichtlinie Medienkompetenz – FöRiLMK) vom 27. Februar 2024 ..... 294

Satzung der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM) über die Gestaltung von Wahlwerbezeiten in Programmen sächsischer Rundfunkveranstalter (Wahlwerbesatzung) vom 27. Februar 2024..... 295

Bekanntmachung des Landesamtes für Geobasisinformation Sachsen über das Erlöschen der Ämter von Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren vom 29. Februar 2024..... 297

# Sächsisches Staatsministerium der Finanzen

## **Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über den Gesamtbetrag des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer für den Zeitraum November bis Dezember 2023**

**23-FV 5031/2/28-2024/12112**

**Vom 28. Februar 2024**

Das Aufkommen an Umsatzsteuer betrug in Deutschland im Zeitraum November bis Dezember 2023	37 928 133 859 Euro,	Davon entfallen gemäß § 5a Absatz 3 des Gemeindefinanzenreformgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. März 2009 (BGBl. I S. 502), das zuletzt durch Artikel 4 des Gesetzes vom 4. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2142) geändert worden ist, in Verbindung mit § 1 der Umsatzsteuerschlüsselzahlenfestsetzungsverordnung vom 21. September 2020 (BGBl. I S. 2018) 4,2224573 Prozent auf die Gemeinden des Freistaates Sachsen	42 752 731 Euro.
das Aufkommen an Einfuhrumsatzsteuer betrug im selben Zeitraum in Deutschland	12 800 159 723 Euro.		
Vom Gesamtaufkommen der Steuern vom Umsatz in Höhe von	50 728 293 582 Euro		
erhalten die Gemeinden gemäß § 1 Absatz 1 des Finanzausgleichsgesetzes vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3955, 3956), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. November 2023 (BGBl. I S. 310) geändert worden ist, einen Anteil von 1,99594395 Prozent – das sind	1 012 508 307 Euro.	Hinzu kommt gemäß § 1 Absatz 2 des Finanzausgleichsgesetzes ein Betrag in Höhe von 2 400 Mio. Euro im Jahr 2023 für die Gemeinden, der den Betrag nach Absatz 1 verändert – das sind für die Gemeinden des Freistaates Sachsen im Zeitraum November bis Dezember 2023	16 889 829 Euro.
		Damit ergibt sich ein auszahlender Gesamtbetrag von	59 642 560 Euro.

Dresden, den 28. Februar 2024

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen  
Sebastian Hecht  
Amtschef

**Bekanntmachung  
des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen  
über den Gesamtbetrag des Gemeindeanteils an der Umsatzsteuer  
für den Monat Januar 2024**

**23-FV 5031/2/28-2024/12112**

**Vom 28. Februar 2024**

Das Aufkommen an Umsatzsteuer betrug in Deutschland im Monat Januar 2024	19 339 863 270 Euro,	Davon entfallen gemäß § 5a Absatz 3 des Gemeindefinanzreformgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. März 2009 (BGBl. I S. 502), das zuletzt durch Artikel 4 des Geset- zes vom 4. Dezember 2022 (BGBl. I S. 2142) geändert worden ist, in Verbindung mit § 1 der Umsatzsteu- erschlüsselzahlenfestsetzungsverord- nung vom 17. Oktober 2023 (BGBl. I S. 285) 4,1962866 Prozent auf die Gemeinden des Freistaates Sachsen	21 346 778 Euro.
das Aufkommen an Einfuhrumsatz- steuer betrug im selben Zeitraum in Deutschland	6 147 143 934 Euro.		
Vom Gesamtaufkommen der Steuern vom Umsatz in Höhe von	25 487 007 203 Euro		
erhalten die Gemeinden gemäß § 1 Absatz 1 des Finanzausgleichs- gesetzes vom 20. Dezember 2001 (BGBl. I S. 3955, 3956), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. November 2023 (BGBl. I S. 310) geändert worden ist, einen Anteil von 1,99594395 Prozent – das sind	508 706 378 Euro.	Hinzu kommt gemäß § 1 Absatz 2 des Finanzausgleichsgesetzes ein Betrag in Höhe von 2 400 Mio. Euro im Jahr 2024 für die Gemeinden, der den Betrag nach Absatz 1 verändert – das sind für die Gemeinden des Freistaa- tes Sachsen im Monat Januar 2024	8 392 573 Euro.
		Damit ergibt sich ein auszahlender Gesamtbetrag von	29 739 351 Euro.

Dresden, den 28. Februar 2024

Sächsisches Staatsministerium der Finanzen  
Sebastian Hecht  
Amtschef

# **Landesdirektion Sachsen**

## **Bekanntmachung**

### **der Landesdirektion Sachsen**

#### **nach § 5 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben**

#### **„Wesentliche Änderung der mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage durch Umstellung der mechanischen Behandlung auf Ein-Linien-Betrieb und Errichtung einer Vorabsiebung“ der Firma Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV) am Standort 04463 Großpösna, Am Westufer 3**

**Gz.: 44-8431/2848/8**

**Vom 13. Februar 2024**

Gemäß § 5 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das zuletzt durch Artikel 10 des Gesetzes vom 22. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 409) geändert worden ist, wird Folgendes bekannt gemacht:

Die Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH in 04463 Großpösna, Am Westufer 3 beantragte mit Datum vom 11. Dezember 2023 die Genehmigung gemäß § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), das zuletzt durch Artikel 11 Absatz 3 des Gesetzes vom 26. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 202) geändert worden ist, für die wesentliche Änderung der mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage in 04463 Großpösna, Am Westufer 3, Gemarkung Dechwitz, Flurstück 138. Das Vorhaben unterliegt dem Genehmigungsvorbehalt nach Nummer 8.6.2.1 G, E der Anlage 1 zur Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2017 (BGBl. I S. 1440), die durch Artikel 1 der Verordnung vom 12. Oktober 2022 (BGBl. I S. 1799) geändert worden ist.

Die mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage ist der Nummer 8.4.1.1 der Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung zuzuordnen. Für das Vorhaben war gemäß § 9 Absatz 1 Nummer 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung eine allgemeine Vorprüfung zur Feststellung der Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Pflicht) durchzuführen.

Die Vorprüfung der Landesdirektion hat ergeben, dass eine UVP-Pflicht nicht vorliegt, weil die Änderung erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen nicht hervorrufen kann.

Folgende Gründe werden für das Nichtbestehen der UVP-Pflicht nach Anlage 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung als wesentlich angesehen:

Gegenstand der Änderung ist die Reduzierung der mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage vom Zwei-Linien Betrieb auf einen Ein-Linien-Betrieb. Zur Realisierung des Vorhabens sind im Wesentlichen folgende Maßnahmen vorgesehen: Rückbau der beiden Hausmüll-Aufbereitungslinien, Anpassung einer der beiden Sperrmüll-Aufbereitungslinien zur zukünftigen Nutzung als Aufbereitungslinie für den Hausmüll-Input und Errichtung einer Vorabsiebung für Hausmüll, um diese Aufbereitungslinie zu entlasten sowie eine unveränderte Weiternutzung der Sperrmüllaufbereitungslinie für die Sperrmüll-Behandlung.

Die mechanische Aufbereitung der Abfälle erfolgt weiterhin in den geschlossenen Hallen der Anlieferung und Aufbereitung bei unverändertem Behandlungsprozess. Nachteilige Auswirkungen durch Erhöhung der Staubemissionen, der Geruchsemissionen oder Lärmemissionen sind nicht zu erwarten.

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 5 Absatz 3 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung die vorgenannte Entscheidung der Landesdirektion Sachsen nicht selbstständig anfechtbar ist.

Die entscheidungsrelevanten Unterlagen sind der Öffentlichkeit gemäß den Bestimmungen des Sächsischen Umweltinformationsgesetzes vom 1. Juni 2006 (SächsGVBl. S. 146), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 10 des Gesetzes vom 19. August 2022 (SächsGVBl. S. 486) geändert worden ist, in der Landesdirektion Sachsen, Dienststelle Leipzig, Referat 44, Braustraße 2, 04107 Leipzig zugänglich.

Diese Bekanntmachung ist auch auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/bekanntmachung> unter der Rubrik Umweltschutz/Immissionsschutz einsehbar.

Leipzig, den 13. Februar 2024

Landesdirektion Sachsen  
Bobeth  
Referatsleiter

# Andere Behörden und Körperschaften

## Richtlinie der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM) zur Fortsetzung der Förderung von Medienkompetenz innerhalb regionaler Wirkungskreise in Sachsen (Förderrichtlinie Medienkompetenz 2025 – FöRiLMK2025)

Vom 27. Februar 2024

### § 1

#### Zweck und Zielstellungen der Förderung

(1) Diese Richtlinie regelt für den Maßnahmenzeitraum ab 1. Januar 2025 – aufbauend auf dem bis Ende 2024 währenden Pilotprojekt – die Förderung von Medienkompetenz in geografischen Wirkungskreisen in Sachsen, unter Beachtung nachfolgend konkretisierter Zielstellungen, Vorgaben und Regelungen im Sinne von § 28 Absatz 1 Satz 2 Nummer 16 des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. Januar 2001 (SächsGVBl. S. 69, 684), das zuletzt durch Artikel 16 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 (SächsGVBl. S. 705) geändert worden ist.

Eine etwaige gesonderte Förderung oder Gestaltung spezifischer Medienkompetenz-Aktivitäten, Medienkompetenz-Wettbewerbe und sonstiger Maßnahmen zur Medienkompetenzförderung bleibt davon unberührt.

(2) Zweck der Förderung ist, vornehmlich erwachsene Bürgerinnen und Bürger in Sachsen mittels einer breitenwirksamen Palette an bedarfsgemäßen und flächendeckenden Aktivitäten darin zu unterstützen, mediale Angebote durch Förderung entsprechender Kompetenzen sicher, kundig und kritisch-reflektierend zugunsten einer aktiven und selbstbestimmten Teilhabe an der Gesellschaft zu nutzen.

(3) Dieses Anliegen ist mit folgenden Zielstellungen verbunden:

- a) Die sich aus der fortschreitenden Digitalisierung und Alltagsdurchdringung elektronischer Medien ergebenden Potenziale und Risiken in der Handhabung und Aneignung ihrer jeweiligen Inhalte und Formate sind angebotsbezogen zu thematisieren.  
Dies gilt sowohl hinsichtlich ihrer aktuellen Ausprägungen als auch mit Blick auf erkennbare wie relevante Entwicklungen und Veränderungen in technischer wie gesellschaftlicher Hinsicht.
- b) Die Gestaltung der Angebote ist maßgeblich an den medialen Bedürfnissen und Interessen eines erwachsenen Personenkreises zu orientieren.  
Die Diversität dieser Personengruppe, etwa hinsichtlich ihrer Lebensweisen, kulturellen Prägung, körperlichen und geistigen Besonderheiten und ihrer spezifischen Rollen in der Gesellschaft, etwa als Elternteil, als fachlich vermittelnde und anleitende Personen oder als medial interessierte Bürgerin oder Bürger, sind bei der Gestaltung und Gewichtung der jeweiligen Aktivitäten angemessen zu berücksichtigen.

- c) Der Förderung der Informations- und Nachrichtenkompetenz ist eine hervorgehobene Bedeutung beizumessen;  
einerseits, um das Verständnis der Mechanismen und die Bedeutung und Handhabung von Medien für den demokratischen Willensbildungsprozess und für eine auf gegenseitiger Achtung beruhende mediale Kommunikation zu befördern und andererseits die Fähigkeit zu unterstützen, sich hinsichtlich des eigenen Informationsbedarfes sicher und verlässlich zu orientieren und Informationen und Nachrichten reflektiert wahrnehmen, kommentieren und weiterleiten zu können.  
Ergänzend sind die für ein kritisches und selbstbestimmtes Medienhandeln erforderlichen Sach-, Rezeptions- und Partizipationskompetenzen der benannten Zielgruppe zu berücksichtigen.
- d) Im Rahmen der Vermittlung hat ein förderliches Verhältnis aus wissensvermittelnden und handlungsorientierten Elementen zu bestehen.

### § 2

#### Rechtliche Grundlagen der Förderung

(1) Die Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM) gewährt ihre Zuwendungen auf Grundlage des § 28 Absatz 1 Satz 2 Nummer 16 des Sächsischen Privatrundfunkgesetzes in Verbindung mit § 112 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 des Medienstaatsvertrages vom 28. April 2020 (SächsGVBl. S. 381), der zuletzt durch Artikel 1 des Staatsvertrages vom 16. Mai 2023 (SächsGVBl. S. 818) geändert worden ist, § 1 Absatz 2 Satz 6 des Sächsischen Gesetzes zur Durchführung des Medienstaatsvertrages und des Rundfunkbeitragsstaatsvertrages vom 19. Dezember 1991 (SächsGVBl. S. 457), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 15. Juli 2020 (SächsGVBl. S. 379) geändert worden ist und nach Maßgabe der Bestimmungen dieser Richtlinie.

(2) Ein Rechtsanspruch einer Antragstellerin beziehungsweise eines Antragstellers auf Gewährung einer Zuwendung besteht weder aufgrund dieser Förderrichtlinie noch aufgrund der Einstellung von Haushaltsmitteln in den Haushalt der SLM.

(3) Die gewährte Zuwendung darf nur zur Erfüllung der in dieser Richtlinie und im Zuwendungsbescheid genannten Zwecke verwendet werden.

(4) Soweit diese Richtlinie keine abweichende Regelung enthält, gilt ergänzend die Förderrichtlinie SLM vom 1. November 2004, die zuletzt durch Beschluss des Medienrates

vom 10. April 2017 (SächsABl. S. 605) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung.

### § 3

#### Gegenstand und Umsetzung der Förderung

(1) Gefördert wird nach dieser Richtlinie jeweils ein Maßnahmenpaket pro jeweiligem Wirkungskreis für die Dauer des Förderzeitraumes als Projektförderung.

Der geografische Zuschnitt der insgesamt 15 Wirkungskreise ergibt sich aus der als Anlage 1 dieser Richtlinie beigefügten Übersicht.

(2) Ein Maßnahmenpaket hat mindestens folgende Voraussetzungen zu erfüllen:

- a) Es setzt sich aus einzelnen Aktivitäten zusammen. Aktivität im Sinne dieser Richtlinie ist eine thematisch in sich abgeschlossene Maßnahme in unterschiedlicher zeitlicher und methodisch-formatbezogener Ausprägung. Aktivitäten sind insbesondere zweckgemäße Informations-, Beratungs- und Diskussionsveranstaltungen sowie Workshops.
- b) Während des Förderzeitraums sind jährlich mindestens 60 Aktivitäten in einem zeitlichen Umfang von mindestens 250 Stunden umzusetzen.  
Unter Angebotsstunden wird ausschließlich die zeitliche Dauer einer Aktivität gegenüber den jeweiligen Teilnehmenden berücksichtigt. Vor- und nachbereitende Tätigkeiten wie Planung, Organisation, Auswertung und etwaige Fahrtzeiten bleiben bei der Berechnung unberücksichtigt.
- c) Die einzelnen Aktivitäten wie auch das Maßnahmenpaket im Ganzen haben dem Zweck und den Zielstellungen gemäß § 1 zu dienen. Mindestens 65 Prozent der Aktivitäten haben mit ihrem jeweiligen Schwerpunkt Themenstellungen im Sinne der Kategorien 1 und 2 gemäß der Anlage 2 dieser Richtlinie zu berücksichtigen.
- d) Die einzelnen Aktivitäten sind möglichst breitenwirksam zu konzipieren und in geeigneter Weise öffentlich zu bewerben. Der Schwerpunkt liegt auf Aktivitäten zugunsten von medial interessierten Bürgerinnen und Bürgern, sowie ergänzend zugunsten von Eltern und Familien, Seniorinnen und Senioren und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, ohne die übrigen relevanten Zielgruppen zu vernachlässigen.  
In den jeweiligen Wirkungskreisen sollte folgende Anzahl an teilnehmenden Personen pro Projektjahr nicht unterschritten werden:

Wirkungskreise 1, 3, 4, 5, 8, 9, 10, 13 und 14	jeweils 850
Wirkungskreise 2, 7, 12, 15	jeweils 1 200
Wirkungskreise 6 und 11	jeweils 2 000

- e) Die einzelnen Aktivitäten sind bedarfsgemäß an zumindest sechs weiteren Orten außerhalb des jeweiligen Standortes im Wirkungskreis zu realisieren, in den drei städtischen Wirkungskreisen in zumindest sechs weiteren Stadtteilen. Die jeweiligen Mittel- und Oberzentren sind einzubeziehen, damit das Maßnahmenpaket eine möglichst flächendeckende Wirkung entfaltet.
- f) Einzelne Aktivitäten im Schnittbereich zur politischen Bildung, zur berufsbezogenen Qualifizierung oder kulturellen Erwachsenenbildung sind zulässig, sofern der Charakter der geförderten Maßnahme als medienpädagogisch konzipiertes Gesamtangebot gewahrt ist. Betriebliche Weiterbildungen sind ausgeschlossen.
- g) Sämtliche Aktivitäten sind fachgemäß zu dokumentieren und zu evaluieren.

- h) Ein regelmäßiger Informationsaustausch mit der Koordinierungsstelle Medienbildung (KSM) und eine Teilnahme an Netzwerken zur Medienkompetenzvermittlung oder lokal oder regional ausgerichteten Netzwerken der Erwachsenenbildung ist anzustreben.
- i) Etwaige Kooperationspartnerinnen oder -partner sind zu befähigen, ihre medialen Strukturen und Aktivitäten nach Möglichkeit eigenständig auszubauen (Qualifizierungs- und Nachhaltigkeitsaspekt).
- j) Der Förderzeitraum der gemäß dieser Förderrichtlinie bewilligten Maßnahmenpakete ist auf den 31. Dezember 2027 begrenzt.

### § 4

#### Zuwendungsempfänger

(1) Die mit einer jeweiligen Zuwendung bedachten Projektträgerinnen und Projektträger für einen konkreten Wirkungskreis (nachfolgend Zuwendungsempfänger) müssen ihren Sitz in Sachsen und eine regionale Verankerung im jeweiligen Wirkungskreis haben.

Die regionale Verankerung erfordert bei Antragstellung einen ausgeübten Geschäfts- oder Niederlassungssitz oder eine in der Vergangenheit mehr als nur gelegentliche Geschäftstätigkeit innerhalb des betreffenden Wirkungskreises.

Für die Dauer der Projektförderung muss der Geschäfts- oder Niederlassungssitz im betreffenden Wirkungskreis beibehalten werden oder sichergestellt sein, dass das mit der Planung und Organisation des Maßnahmenpaketes betraute und geförderte Personal innerhalb des betreffenden Wirkungskreises beschäftigt ist und den Großteil dieser Arbeit faktisch dort erbringt.

(2) Zuwendungsempfänger haben zudem eine hinreichende fachliche und organisatorische Qualifikation zur Durchführung eines den Anforderungen des § 3 Absatz 2 genügenden Maßnahmenpaketes nachzuweisen.

Dies beinhaltet, dass sie

- a) über mehrjährige Kenntnisse und Erfahrungen hinsichtlich der bedarfsorientierten Gestaltung von didaktisch strukturierten Bildungsangeboten für Erwachsene verfügen,
- b) fachlich qualifiziertes Personal für die projektbezogene Planung, Umsetzung und Auswertung des Maßnahmenpaketes beschäftigen werden, selbiges in einem Umfang von mindestens 0,5 VZÄ mit mehrjähriger Erfahrung in der Konzeption und Umsetzung Medienkompetenzfördernder Angebote, und
- c) eine ordnungsgemäße Verwaltung und Dokumentation der erhaltenen Fördermittel gewährleisten.

(3) Zuwendungsempfänger haben über eine hinreichende finanzielle Leistungsfähigkeit zu verfügen.

(4) Eine Übertragung der Durchführung des bewilligten Maßnahmenpaketes im Ganzen oder in wesentlichen Anteilen auf Dritte ist ausgeschlossen. Die Beauftragung von Referentinnen und Referenten zur Realisierung einzelner Aktivitäten bleibt davon unberührt.

## § 5 Förderfähige Kosten

(1) Förderfähig sind nur die der unmittelbaren Umsetzung des geförderten Maßnahmenpaketes dienenden Kosten. Dazu gehören:

- a) Personalkosten, sofern diese ausschließlich und exklusiv der Planung (einschl. Mittel- und Budgetverwaltung), Umsetzung oder Auswertung des geförderten Maßnahmenpakets oder der einzelnen Aktivitäten dienen; in gebotenen Umfang und bis zu einer Eingruppierung bis maximal Entgeltgruppe E 11 des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst – Entgeltordnung VKA,
- b) Honorarkosten für eine etwaige externe Umsetzung einer einzelnen Aktivität, einschließlich einer etwaigen angemessenen Vorbereitungs-, Reise- und Nachbereitungszeit, bis zu einer Höhe von 40 Euro je Zeitzunde, inklusive einer eventuell zu berechnenden Mehrwertsteuer.  
In begründeten Ausnahmefällen kann ein erhöhter Stundensatz gefördert werden, falls dieser mit Blick auf Qualifikation oder Bekanntheit der Honorarkraft und unter Berücksichtigung des Gebotes der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit erforderlich ist, um
  - aa) die öffentliche Wahrnehmung und die Anzahl an Teilnehmenden hinsichtlich eines Angebotes im Sinne der Zielstellung gemäß § 1 Absatz 3 Buchstabe c Satz 1 erwartbar zu steigern, oder
  - bb) eine spezifische Thematik bei eingeschränkter Auswahl an geeigneten Honorarkräften gleichwohl umsetzen zu können.

Das für das betreffende Projektjahr zur Verfügung stehende maximale Förderbudget bleibt davon unberührt und darf infolge der Erhöhung nicht überschritten werden.

Die geplante Beauftragung ist der SLM unverzüglich anzuzeigen und bedarf ihrer ausdrücklichen Zustimmung. In der Anzeige sind neben dem erhöhten Stundensatz und dem zu fördernden Gesamtaufwand die jeweiligen Voraussetzungen für das Vorliegen eines der Ausnahmetatbestände begründet darzulegen,

- c) Fahrt- und Übernachtungskosten in Zusammenhang mit der Realisierung dezentraler Aktivitäten gemäß dem Sächsischen Reisekostengesetz,
- d) Kosten zur Bekanntmachung des Maßnahmenpaketes und seiner einzelnen Aktivitäten (projektbezogene Öffentlichkeitsarbeit),
- e) Kosten für Weiterbildungsmaßnahmen zur Verbesserung der Angebotsvielfalt und -qualität sowie
- f) Kosten für die technische Umsetzung in Form des Erwerbs erforderlicher, aber nicht vorhandener technischer Ausstattung. Die Bereitstellung bereits vorhandener Technik wird nicht gefördert.

Gefördert werden Anschaffungskosten für Gerätschaften über 100 Euro bis maximal zu einem Drittel des jeweiligen marktüblichen Neuanschaffungswertes pro Gerät und 12-monatigem Nutzungszeitraum; für Kleinteile oder sonstige Beschaffungen (wie Miet- oder Leasingraten, Erwerb von Software oder Lizenzen) in jeweiliger angemessener Höhe.

Die Erforderlichkeit einer Beschaffung technischer Gerätschaften für die Projektrealisierung ist vor deren Kauf hinsichtlich Art und Umfang gegenüber der SLM zu begründen und abzustimmen.

(2) Nicht förderfähig sind, über § 5 Absatz 5 der Förderrichtlinie SLM hinausgehend, insbesondere auch:

- a) raumbezogene Aufwendungen,
- b) Materialkosten,

- c) allgemeine Personal-, Verwaltungs- und Technikaufwendungen,
- d) Aufwendungen für Wirkungskreis-übergreifende Aktivitäten.

(3) Sofern Zuwendungsempfänger vorsteuerabzugsberechtigt sind, sind nur Nettobeträge förderfähig.

## § 6 Finanzierung

(1) Einnahmen durch die Beteiligung Dritter an der Durchführung des Maßnahmenpaketes wie auch an einzelnen Aktivitäten sind zulässig (Drittmittel-Anteil). Der SLM sind Angaben über die Höhe der Einnahmen, den Zweck und den Zuwendungsgeber vorzulegen und im Falle ihrer Änderung unverzüglich zu aktualisieren.

(2) Für die Teilnahme an Aktivitäten können angemessene Entgelte erhoben werden. Deren Höhe ist unter Berücksichtigung von Umfang, Inhalt und Zielgruppe der konkreten Aktivität festzulegen. Das Entgelt darf 25 Euro pro Aktivität und teilnehmende Person nicht überschreiten.

Das erhobene Entgelt ist als gesonderter Drittmittelanteil zu berücksichtigen.

(3) Die Summe aller akquirierten Drittmittel gemäß den Absätzen 1 und 2 darf den Anteil an nicht-förderfähigen projektbezogenen Eigenmitteln nicht überschreiten. Anderenfalls ist der Differenzbetrag pro Kalenderjahr an die SLM zurückzuzahlen.

## § 7 Antragsverfahren

(1) Anträge auf Förderung eines Maßnahmenpaketes nach dieser Richtlinie können aufgrund entsprechender Aufrufe durch die SLM gestellt werden. Die Aufrufe werden auf der Webseite der SLM unter [www.slm-online.de](http://www.slm-online.de) veröffentlicht.

(2) Anträge müssen innerhalb der Frist eingereicht werden, die im jeweiligen Aufruf bestimmt ist. Verfristete Anträge sind von einer Förderung ausgeschlossen.

(3) Anträge sind für jeden Wirkungskreis gesondert einzureichen.

(4) Anträge müssen beinhalten:

- a) Angaben und Nachweise, dass die Antragstellerin oder der Antragsteller die örtlich-regionalen Voraussetzungen des § 4 Absatz 1 erfüllt.  
Die geforderte regionale Verankerung ist durch Ausweisung des ausgeübten Geschäfts- oder Niederlassungssitzes oder durch geeignete Schilderungen und Nachweise zu belegen. Bei juristischen Personen ist der jeweilige Gesellschafts- oder Vereinszweck zu dokumentieren (Kopie des Gesellschaftsvertrages, der Satzung oder entsprechender Registerauszüge). Die Beibehaltung der regionalen Verankerung während der gesamten Projektdauer im Sinne von § 4 Absatz 1 Satz 3 ist zu erklären.
- b) Angaben und Nachweise, dass die Antragstellerin oder der Antragsteller die fachlichen und organisatorischen Qualifikationen des § 4 Absatz 2 erfüllt.  
Hierzu bedarf es näherer inhaltlicher Ausführungen
  - aa) zu bisherigen bildungsbezogenen Tätigkeiten und Qualifikationen gemäß § 4 Absatz 2 Buchstabe a;



- bb) darüber, welches Personal in welchem Umfang und mit welchen Qualifikationen den Aufgaben im Sinne von § 4 Absatz 2 Buchstabe b nachkommen soll. Bei bereits beschäftigtem und gegebenenfalls weiterbeschäftigtem Personal bedarf es entsprechender Angaben, bei beabsichtigten Einstellungen einem vorgefertigten Stellenprofil oder einer solchen Stellenausschreibung;
- cc) wie den Erwartungen gemäß § 4 Absatz 2 Buchstabe c entsprochen wird.
- c) Angaben gemäß § 4 Absatz 3, insbesondere zum Umfang etwaiger Eigenmittel, die eine hinreichende Einschätzung der Plausibilität der finanziellen Ausführungen zu nachfolgend Buchstabe d Doppelbuchstabe ee ermöglichen.
- d) Eine konzeptionelle Darlegung, wie das beantragte Maßnahmenpaket innerhalb des Förderzeitraumes realisiert werden soll (Umsetzungskonzept). Diese hat folgende nähere Ausführungen zu beinhalten:
  - aa) beispielhafte Darlegung von insgesamt acht Muster-Angeboten zu den Themensegmenten 1. bis 6., 8. und 10. gemäß der Anlage 2, unter Angabe der jeweils vorrangig anvisierten Zielgruppe und deren Bedarfe, der zu vermittelnden maßgeblichen inhaltlichen wie Medienkompetenz-fördernden Aspekte und des Vermittlungsformates (Angebotsgestaltung),
  - bb) Darlegung, mit welchen Einrichtungen innerhalb des betreffenden Wirkungskreises raum- und teilnehmerbezogen für welche Zwecke gemeinsam agiert werden soll. Solche, mit denen in der Vergangenheit bereits kooperiert wurde, sind gesondert zu benennen (Kooperationspartnerinnen/-partner),
  - cc) Darlegung, welche maßgeblichen Personengruppen bei der Angebotsplanung berücksichtigt werden sollen, wie deren Interesse und Teilnahme an den Angeboten befördert werden soll und wie eine hinreichende Anzahl an Teilnehmenden gemäß § 3 Absatz 2 Buchstabe d zu erreichen versucht wird (Erwachsenenbildung und Breitenwirkung),
  - dd) Darlegung, wie den regionalen Vorgaben gemäß § 3 Absatz 2 Buchstabe e nachgekommen werden soll (Regionalität),
  - ee) Tabellarische Übersicht, wie das beantragte Maßnahmenpaket unter Zugrundelegung eines Förderbudgets von maximal 120 000,00 Euro/Jahr und sonstiger darzulegender projektbezogener Einnahmen sowie entsprechender Ausgaben realisiert werden soll (Kalkulation; Muster gemäß Anlage 3 der Richtlinie).

(5) Die SLM kann weitere Informationen und Nachweise nachfordern und behält sich vor, bei Bedarf Formblätter zu erstellen, die jeder Beantragung zugrunde zu legen sind.

(6) Mit dem beantragten Maßnahmenpaket darf bis zu dessen Bewilligung noch nicht begonnen worden sein. Für einen vorzeitigen Maßnahmenbeginn gilt § 4 Absatz 5 der Förderrichtlinie SLM.

(7) Anträge von Antragstellerinnen und Antragstellern, die nicht die erforderlichen Angaben und Nachweise gemäß Absatz 4 enthalten, sind unzulässig. Gleiches gilt für Anträge von Antragstellerinnen und Antragstellern, die gemäß § 4 Absätze 1 bis 3 nicht antragsberechtigt oder fachlich, organisatorisch oder finanziell nicht hinreichend qualifiziert oder leistungsfähig sind.

(8) Anträge, deren Umsetzungskonzept gemäß Absatz 4 Buchstabe d im Gesamten oder zu überwiegendem Anteil qualitativ keine hinreichende Gewähr bieten, dass das bean-

tragte Maßnahmenpaket den Zielstellungen und Maßgaben von § 1 Absatz 3, § 3 Absatz 2 und § 4 Absatz 2 gemäß konzipiert, organisiert und umgesetzt wird, sind unbegründet.

(9) Liegen mehrere zulässige und begründete Anträge für einen Wirkungskreis vor, erfolgt die Auswahl anhand der in § 8 beschriebenen Maßgaben.

(10) Liegen für einen oder mehrere Wirkungskreise keine jeweils zulässigen und begründeten Anträge vor, kann ein neuer Aufruf für den oder die betreffenden Wirkungskreise veröffentlicht werden, in dem von den Anforderungen an die regionale Verankerung nach § 4 Absatz 1 abgewichen werden kann.

## § 8 Auswahlverfahren

Die Auswahl unter mehreren zulässigen und begründeten Anträgen für einen Wirkungskreis erfolgt anhand folgender Maßgaben:

1. Bei einer Auswahl hat jener Antrag Vorrang, dessen konzeptionelle Ausführungen gemäß § 7 Absatz 4 Buchstabe d ein höheres Maß an Umsetzung der in § 1 benannten Zwecke und Zielstellungen erwarten lässt.
2. Bei der vorgenannten Einschätzung werden insbesondere folgende Aspekte berücksichtigt:
  - a) Ausrichtung der Angebotsgestaltung an Zielstellungen der Förderung und Bedarfen der Zielgruppen,
  - b) Art und Umfang an praktizierten und geplanten Kooperationen,
  - c) Art und Umfang berücksichtigungswürdiger Zielgruppen,
  - d) Spezifik medialer Bildungsangebote für Erwachsene und daraus abgeleiteter Ansätze zugunsten einer breitenwirksamen Teilnahme,
  - e) Auswahl und Umsetzung regionaler Veranstaltungsorte,
  - f) Art und Umfang an geplanten Eigen- und Drittmiteln.

## § 9 Bewilligung

(1) Die Bewilligung einer Förderung erfolgt durch Verwaltungsakt nach einer gesonderten Beschlussfassung durch den Medienrat der SLM.

(2) Die Förderung erfolgt grundsätzlich im Wege der Festbetragsförderung.

(3) Die Zuwendung wird separat für jeden festgelegten geografischen Wirkungskreis bewilligt. Sofern eine Antragstellerin beziehungsweise ein Antragsteller eine Bewilligung für mehr als einen Wirkungskreis erhält, können Mittel aus einem geografischen Wirkungskreis nicht in einen anderen geografischen Wirkungskreis übertragen werden.

## § 10 Realisierungsplan und Projektbericht

(1) Zuwendungsempfänger sind verpflichtet, während des bewilligten Förderzeitraums

- a) eine inhaltlich und organisatorisch näher untersetzte Angebotsplanung, bezogen auf den Zeitraum von jeweils Juli bis Dezember eines Projektjahres, nebst einem voraussichtlichen Kosten- und Finanzierungsplan für das gesamte Projektjahr (Realisierungsplan), und

- b) eine jährliche Übersicht über Art und Umfang der realisierten Maßnahmen im jeweiligen Wirkungskreis (Projektbericht) vorzulegen.

(2) Realisierungspläne haben sich inhaltlich und finanziell an den Ausführungen des Umsetzungskonzeptes gemäß § 7 Absatz 4 Buchstabe d zu orientieren und diese zu konkretisieren.

(3) Realisierungspläne sind jeweils zwei Monate vor Beginn des anstehenden zweiten Halbjahres gegenüber der SLM vorzulegen, Projektberichte binnen der ersten zwei Monate des nachfolgenden Projektjahres.

(4) Realisierungspläne bedürfen der Zustimmung der SLM und werden Bestandteil des Zuwendungsbescheides. Sie unterstützen die Bewilligung und Auszahlung von Fördermitteln und dienen – wie auch die Projektberichte – dem Abgleich mit den Zielstellungen der Fördermaßnahme.

#### § 11

##### **Auszahlung und Belegprüfung**

(1) Die Auszahlung erfolgt nach Vorlage von Rechnungen, aus denen sich alle förderrechtlichen Angaben ergeben, und auf Zahlungsnachweis. Weitere Einzelheiten sind im jeweiligen Zuwendungsbescheid geregelt.

Die Auszahlung stellt keine Bestätigung der Förderfähigkeit der abgerechneten Kosten dar.

(2) Der SLM und dem Sächsischen Rechnungshof steht ein uneingeschränktes Prüfungs-, Einsichts- und Anfordersrecht für Nachweise zu. Dazu gehört insbesondere auch das Recht, die Verwendung der Zuwendungen durch örtliche Erhebungen zu prüfen oder durch Beauftragte prüfen zu lassen.

(3) Zuwendungsempfänger haben die erforderlichen Unterlagen für eine Prüfung bereitzuhalten und die notwendigen Auskünfte zu erteilen. Die vorgenannten Unterlagen sind zehn Jahre vorzuhalten.

#### § 12

##### **Auflagen, Mitwirkungspflichten und Sanktionen**

(1) Die SLM kann Zuwendungsempfängern sachlich gerechtfertigte Auflagen erteilen.

(2) Zuwendungsempfänger unterliegen gegenüber der SLM auf deren Anforderung hin uneingeschränkten Berichtspflichten in Bezug auf die Umsetzung geförderter Maßnahmenpakete sowie einzelner Aktivitäten.

(3) Zuwendungsempfänger sind verpflichtet, auf Veranlassung der SLM an Abstimmungsgesprächen teilzunehmen.

(4) Weist ein Realisierungsplan auch nach Ablauf einer von der SLM gesetzten Nachbesserungsfrist gravierende Abweichungen von den konzeptionellen Ausführungen oder eine fortwährende Nicht-Beachtung von maßgeblichen Regelungen und Vorgaben aus dem Zuwendungsbescheid oder dieser Richtlinie auf, kann der Zuwendungsbescheid entsprechend den gesetzlichen Regelungen aufgehoben werden.

(5) Die vorgenannte Rechtsfolge gilt entsprechend, falls ein Projektbericht wiederholt eine mehr als 25-prozentige Abweichung einzelner Soll-Vorgaben gemäß § 3 Absatz 2 Buchstabe b, c und e ausweist und gemäß den Einlassungen der Zuwendungsempfängerin oder des Zuwendungsempfängers keine kurzfristige Angleichung an die Soll-Werte erwartbar ist.

(6) Der Zuwendungsbescheid kann widerrufen werden, falls ein Zuwendungsempfänger während der Projektumsetzung die regionale Verankerung gemäß § 4 Absatz 1 Satz 3 nicht beibehält oder Personal beschäftigt, welches nicht der Mindestanforderung gemäß § 4 Absatz 2 Buchstabe b entspricht.

#### § 13

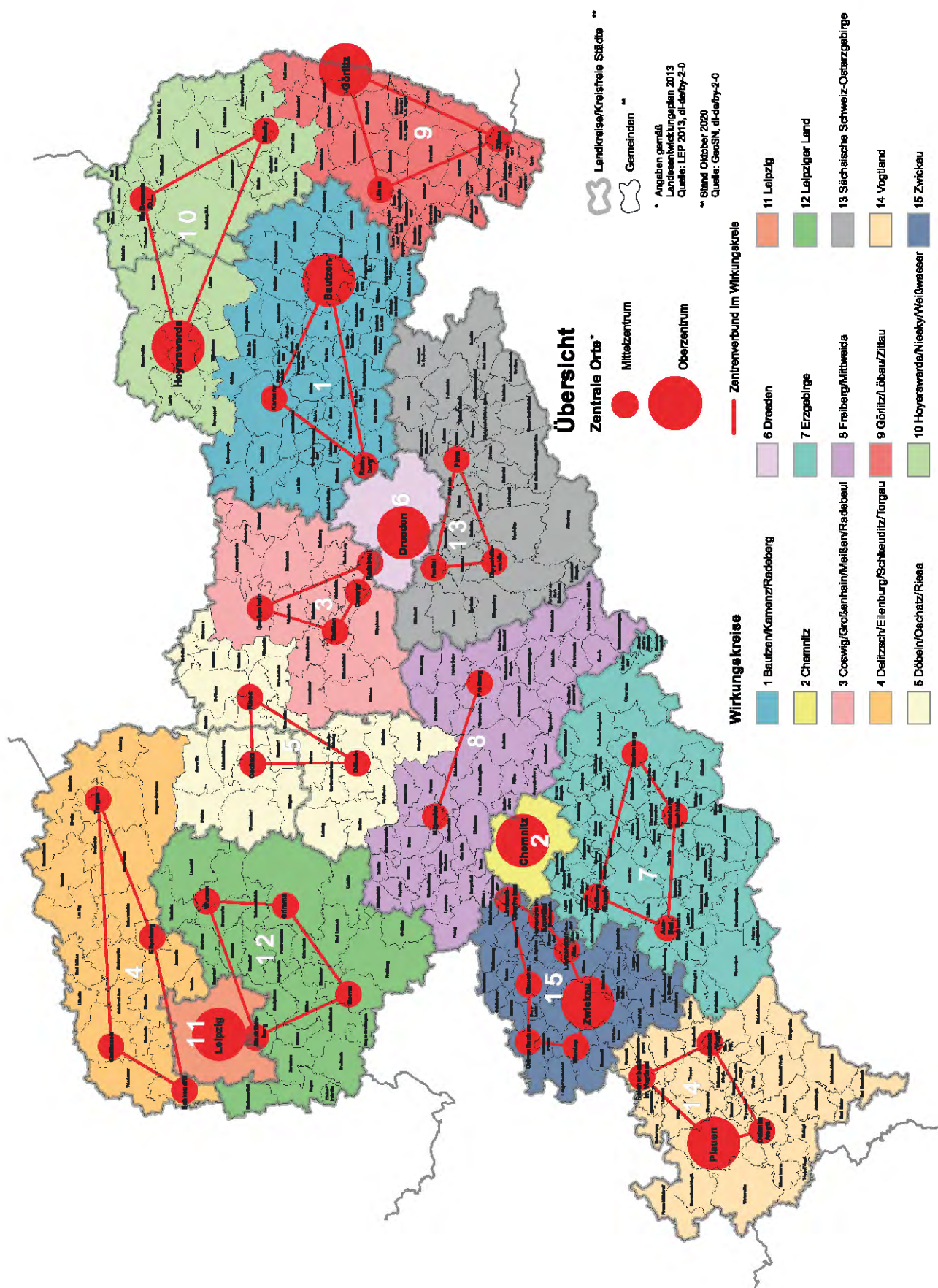
##### **Schluss- und Übergangsbestimmungen**

Diese Richtlinie tritt mit Wirkung vom 28. Februar 2024 in Kraft.

Leipzig, den 28. Februar 2024

Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien  
Prof. Dr. Heinker  
Präsident des Medienrates

# Anlage 1 zu § 3 Absatz 1



**Anlage 2**  
(zu § 3 Absatz 2 Buchstabe c,  
§ 7 Absatz 4 Buchstabe d Doppelbuchstabe aa)

**Untergliederung relevanter Themenstellungen**

Wissensvermittlung, Austausch, Diskussion		Praktische Anwendung und Nutzung	Gestaltung und Produktion
Kategorie 1 Allgemeine medien- und meinungsbildungsrelevante sowie journalistisch geprägte Themenstellungen	Kategorie 2 Spezifische Medienkompetenz-fördernde Themenstellungen		
1. Schwerpunkt Journalismus wie: Information und Meinung, Quellenkunde, Recherche, journalistische Formate, redaktionelle Arbeit und Vor-Ort-Besuche	3. Allgemeine und spezifische Aspekte der Mediennutzung einschl. Social Media - Erscheinungsformen, Bedeutung und Formate; Medienerziehung, Gaming, Trends und Entwicklungen in der Mediennutzung	Kategorie 3 Nutzungs- und anwendungsbezogene Themenstellungen	Kategorie 4 Handlungs- und produktions- orientierte Themenstellungen
2. Schwerpunkt Medien allgemein wie: Medienordnung und -anbieter, Mediengattungen, Bedeutung und Aus- wirkung von Medien (einschl. Film), Medien und Digitalisierung, Mediale Kommunikation, Medienethik	4. Jugendmedienschutz einschl. sicherer Umgang im Internet, potentielle Gefahrenquellen, Cybermobbing, Sicherheitseinstellungen	8. Kommunikations- und Teilhabe- fördernder Umgang mit mobilen Geräten, Apps, Software, Plattformen oder entsprechenden Diensten	10. Gestaltung medialer Produkte wie Filme, Hörspiele, Blogs, Podcasts oder Beiträge für Social Media Plattformen, einschl. intergenerativer Angebote
	5. Recht und Daten	9. Individuelle anwendungsbezogene Beratungsangebote und Stammtische unter Einbeziehung daten- und informationsbezogener Aspekte	
	6. Medialer Verbraucherschutz		
	7. Individuelle Beratung und Hilfestellungen		

**Anlage 3**

(zu § 7 Absatz 4 Buchstabe d Doppelbuchstabe ee)

Muster  
**Kosten- und Finanzierungsplan**  
 zwecks  
**Realisierung eines MK-Maßnahmenpaketes**  
**im Wirkungskreis ...**  
 für den Projektzeitraum 2025 - 2027

**1. Förderfähige Aufwendungen**

Aufwandsposten (gemäß § 5 Abs. 1 FöRiLMK2025)	Aufwand	Einnahme (SLM-Fördermittel)
Personalkosten (zwecks Planung, Umsetzung, Auswertung)		
Weiterbildungsaufwand		
Honoraraufwendungen (für Aktivitäten i.S.v. Veranstaltungen, Workshops, etc.)		
Reisekosten (für Honorarkräfte und ggf. eigenes Personal)		
Öffentlichkeitsarbeit		
Technik		
<b>Summe</b>  (als kalkulierter jährlicher Durchschnittswert, bezogen auf Projektzeitraum)		(Hinweis: max. 120.000,00 Euro pro Projekt- und Förderjahr)

**2. Nicht-förderfähige Aufwendungen**

Aufwandsposten (gemäß § 5 Abs. 2 FöRiLMK2025)	Aufwand*	Ausgleich** (gemäß § 6 FöRiLMK2025)
(wie: Raumkosten, Materialkosten, etc.)		
(wie zuvor)		

\* Angabe eines bezifferbaren Aufwands oder Hinweis auf  
kostenfreie Bereitstellung

\*\* Angabe der betreffenden Einnahme, sofern keine kostenfreie Bereitstellung

**Bekanntmachung  
der Sächsischen Landesanstalt  
für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM)  
über die Änderung der Richtlinie  
zur Förderung von Medienkompetenz  
innerhalb regionaler Wirkungskreise in Sachsen  
(Förderrichtlinie Medienkompetenz – FöRiLMK)**

**Vom 27. Februar 2024**

Der Medienrat der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM) hat folgende Änderungen der Förderrichtlinie Medienkompetenz vom 20. Januar 2021 (SächsABl. S. 114 ff.) beschlossen:

2. § 3 Absatz 2 lit. i) wird wie folgt geändert:
  - a) In Satz 1 wird die Angabe „31.12.2023“ durch die Angabe „31.12.2024“ ersetzt;
  - b) Satz 2 wird gestrichen.

**§ 1  
Änderung**

1. In § 1 Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „abschließend“ die Wörter „für den Maßnahmenzeitraum bis 31.12.2024“ eingefügt.

**§ 2  
Inkrafttreten**

Die Änderung tritt am Tag der Veröffentlichung im Sächsischen Amtsblatt in Kraft.

Leipzig, den 27. Februar 2024

Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien  
Prof. Dr. Heinker  
Präsident des Medienrates

# **Satzung der Sächsischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (SLM) über die Gestaltung von Wahlwerbezeiten in Programmen sächsischer Rundfunkveranstalter (Wahlwerbesatzung)**

**Vom 27. Februar 2024**

## **§ 1**

### **Bereitstellung von Sendezeit für Wahlwerbung**

(1) Sendezeiten für Wahlwerbung sind jenen politischen Parteien, Wählervereinigungen und Einzelbewerbern zur Verfügung zu stellen, die nach den jeweiligen gesetzlichen Vorschriften für eine Europaparlaments-, Bundestags-, Landtags-, Kreistags-, Gemeinderats-, Ortschaftsrats-, Landrats- oder Bürgermeisterwahl amtlich zugelassen wurden (Wahlwerbeberechtigte). Die Zulassung ist auf Anfrage nachzuweisen.

(2) Eine Verpflichtung zur Bereitstellung von angemessenen Sendezeiten für Wahlwerbung gemäß § 22 Absatz 1 Sächsisches Privatrundfunkgesetz (SächsPRG) besteht in Programmen, die

- a) von der SLM nach § 11 SächsPRG lizenziert sind,
- b) die inhaltlich auf den Freistaat Sachsen oder einen Teil davon ausgerichtet sind; diese Voraussetzung ist auch erfüllt, wenn ein bundesweit ausgerichtetes Programm mit entsprechenden regionalisierten redaktionellen Inhalten verbreitet wird, und
- c) deren Verbreitungsgebiet zumindest in das jeweilige Wahlgebiet hineinreicht.

(3) Die Verpflichtung nach Absatz 2 besteht nicht für Programme,

- a) die nichtkommerziell veranstaltet werden oder ausschließlich der Ausbildung und Erprobung dienen,
- b) deren tägliche Sendezeit weniger als eine Stunde beträgt oder
- c) die landesweit einheitlich verbreitet werden, bei Wahlen, die nicht der Zusammensetzung des Europaparlaments, des Bundes- oder des Landtages dienen.

## **§ 2**

### **Inhalt und Gestaltung der Wahlwerbung**

(1) Wahlwerbung kann ausschließlich in Form von Wahlwerbesendungen nach Maßgabe der Regelungen dieser Satzung erfolgen.

(2) Die Wahlwerbung muss einen inhaltlichen Bezug zu der jeweiligen bevorstehenden Wahl aufweisen. Wahlwerbung zu anderen Zwecken als dem der Teilnahme an einer der in § 1 Absatz 1 genannten Wahlen ist unzulässig.

(3) Die Wahlwerbung ist seitens des Veranstalters jeweils an deren Beginn und Ende als solche zu kennzeichnen. Der Text der An- und Absage muss für jede Wahlwerbung gleich formuliert oder gestaltet sein.

(4) Die Länge einer einzelnen Wahlwerbesendung beträgt mindestens eine halbe Minute und längstens eineinhalb Minuten. Ihre Dauer wird auf die nach § 24 SächsPRG dem Veranstalter für Werbung zur Verfügung stehende Sendezeit nicht angerechnet.

(5) Für Inhalt und Gestaltung der Wahlwerbung ist derjenige Wahlwerbeberechtigte verantwortlich, dem die Sendezeit eingeräumt wird. Diese Verantwortung umfasst, dass die Wahlwerbung die Würde des Menschen sowie die sittlichen, religiösen und weltanschaulichen Überzeugungen anderer achtet und dass die Vorschriften der allgemeinen Gesetze sowie die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der Jugend und der Ehre eingehalten werden.

(6) Die Ausstrahlung von Wahlwerbung kann seitens des Veranstalters nur bei einem offenkundig strafbaren Inhalt zurückgewiesen werden.

## **§ 3**

### **Zeitraum und Dauer der Wahlwerbung**

(1) Für die Ausstrahlung zulässiger Wahlwerbung im Sinne dieser Satzung darf Sendezeit nur während des Zeitraums vom 31. Tag bis zum vorletzten Tag vor der jeweiligen Wahl zur Verfügung gestellt werden.

(2) In einem Programm sind der nach den Ergebnissen der letzten gleichartigen Wahl größten Partei oder Wählervereinigung bei bevorstehenden Europaparlaments-, Bundestags- und Landtagswahlen für deren Wahlwerbung insgesamt mindestens 16 Minuten Sendezeit einzuräumen. Gleiches gilt für jene Partei oder Wählervereinigung, die nach diesem Wahlergebnis nicht mehr als fünf Prozentpunkte hinter der größten Partei oder Wählervereinigung zurück liegt. Den übrigen Parteien oder Wählervereinigungen ist Sendezeit im Umfang von mindestens der Hälfte der zuvor genannten Sendezeit zu gewähren, soweit sie in dem Gremium, das neu zu besetzen ist, Fraktionsstärke besitzen. Abweichend gilt im Falle von Wahlen zum Europaparlament, dass die Partei oder Wählervereinigung einen Stimmenanteil von mindestens 5 vom Hundert erreicht haben muss. Ansonsten beträgt die zu gewährende Sendezeit pro Wahlwerbeberechtigten mindestens ein Viertel des in Satz 1 genannten Umfangs.

(3) Bei anstehenden Kreistags-, Gemeinderats- oder Ortschaftsratswahlen verringert sich die Gesamtsendezeit für die größte Partei oder Wählervereinigung auf jeweils mindestens 12 Minuten, für die übrigen Parteien entsprechend.

(4) Bei Landrats- und Bürgermeisterwahlen sind jedem Bewerber mindestens acht Minuten Sendezeit einzuräumen. Im Falle eines zweiten Wahlgangs gemäß § 44a Sächsisches Kommunalwahlgesetz (SächsKomWG) beziehungsweise § 56 in Verbindung mit § 44a SächsKomWG sind jedem teilnehmenden Bewerber für jede Woche bis zum zweiten Wahlgang mindestens zwei Minuten Sendezeit einzuräumen.

(5) Bei der Berechnung von verhältnismäßig abgestuften Sendezeiten wird auf volle dreißig Sekunden aufgerundet.



(6) Über die Aufteilung der ihr einzuräumenden Sendezeit entscheidet die jeweilige Partei oder Wählervereinigung.

(7) Die nach den Absätzen 2 bis 4 einzuräumende Mindestdendezeit darf nicht mehr als verdoppelt werden. Die verhältnismäßige Verteilung der Sendezeit ist zu gewährleisten.

(8) Maßgeblich bei der Ermittlung der Dauer der Wahlwerbung sind im Falle von Wahlen zum Bundestag oder zum Europaparlament die bundesweiten Ergebnisse der vorangegangenen Wahl.

(9) Ein aus Mantel- und einem oder mehreren Fensterprogrammen zusammengesetztes Gesamtprogramm gilt als ein Programm im Sinne der Absätze 2 bis 4. § 1 Absatz 3 Buchstabe b bleibt unberührt.

#### **§ 4 Einschränkungen und Erweiterungen der Wahlsendezeiten**

(1) Werden über einen Übertragungsweg Rundfunkprogramme von einer Stunde bis weniger als vier Stunden Dauer täglich verbreitet, halbieren sich die in § 3 Absatz 2 bis 4 dieser Satzung geregelten Sendezeitsprüche.

(2) Meldet ein Wahlwerbeberechtigter seinen Anspruch auf Einräumung von Sendezeit nach Beginn des in § 3 Absatz 1 dieser Satzung genannten Zeitraumes an, vermindert sich der Anspruch für jede abgelaufene volle Woche um ein Viertel der diesem Wahlwerbeberechtigten insgesamt einzuräumenden Sendezeit.

(3) Finden mehrere Wahlen am gleichen Wahltag statt, ist jenen Wahlwerbeberechtigten, die an mehr als einer Wahl teilnehmen, für jede zusätzliche Wahlbeteiligung die Hälfte der ihnen üblicherweise für eine Wahlbeteiligung zu gewährenden Sendezeit einzuräumen.

#### **§ 5 Kosten der Wahlwerbung**

Für die Ausstrahlung von Wahlsendungen kann der jeweilige Veranstalter eine Erstattung in Höhe von höchstens

80 vom Hundert der für die Wirtschaftswerbung geltenden Preise nach der jeweils gültigen Preisliste verlangen.

#### **§ 6 Platzierung und Ausstrahlung der Wahlwerbung**

(1) Die Wahlwerbung ist in der Hauptsendezeit des jeweiligen Rundfunkprogramms zu platzieren. Eine Platzierung innerhalb eines Wirtschaftswerbeblocks ist unzulässig. Die Wahlwerbungen können in einem Wahlwerbeblock zusammengefasst und verbreitet werden, der aber nicht mehr als drei Wahlwerbesendungen umfassen darf.

(2) Die Wahlsendezeiten sind unter allen Wahlwerbeberechtigten gleichwertig zu vergeben. Sie sind der SLM vom Veranstalter unaufgefordert spätestens drei Werktage vor dem ersten Sendetermin anzuzeigen.

Die Anzeige muss den Wahlwerbeberechtigten, die Dauer der einzelnen Wahlwerbesendung und die Häufigkeit der Ausstrahlung beinhalten.

(3) Der Veranstalter hat den jeweiligen Wahlwerbeberechtigten auf deren Anfrage bis vierzehn Tage vor Beginn des in § 3 Absatz 1 dieser Satzung genannten Zeitraumes verbindlich seine Bereitschaft zur Ausstrahlung von Wahlwerbung zu erklären.

#### **§ 7 Schlussbestimmungen**

Die SLM kann Abweichungen von dieser Satzung auf Antrag zulassen, soweit dies zur Vermeidung unbilliger Härten erforderlich ist.

#### **§ 8 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am 1. April 2024 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Gestaltung von Wahlwerbezeiten in Programmen sächsischer Rundfunkveranstalter (Wahlwerbesatzung) vom 1. Juli 2011, die zuletzt durch Beschluss des Medienrates vom 27. Januar 2014 geändert worden ist, außer Kraft.

Leipzig, den 27.02.2024

Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien  
Prof. Dr. Markus Heinker  
Präsident des Medienrates



**Bekanntmachung  
des Landesamtes für Geobasisinformation Sachsen  
über das Erlöschen der Ämter  
von Öffentlich bestellten Vermessungsingenieuren**

**Vom 29. Februar 2024**

Das Amt des Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurs Dipl.-Ing. Wolfgang Doberstein mit Amtssitz in Görlitz und das Amt des Öffentlich bestellten Vermessungsinge-

nieurs Dipl.-Ing. (FH) Detlef-Udo Pohl mit Amtssitz in Dresden sind mit Ablauf des 17. Januar 2024 erloschen.

Dresden, den 29. Februar 2024

Landesamt für Geobasisinformation Sachsen  
Ronny Zienert  
Präsident



---

## Impressum

**Herausgeber:**

Sächsische Staatskanzlei  
Archivstraße 1  
01097 Dresden  
Telefon: 0351 564 11312

**Verlag:**

SV SAXONIA Verlag  
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH  
Ludwig-Hartmann-Straße 40  
01277 Dresden  
Telefon: 0351 4 85 26 0  
Telefax: 0351 4 85 26 61  
E-Mail: [gvbl-abl@saxonia-verlag.de](mailto:gvbl-abl@saxonia-verlag.de)  
Internet: [www.recht-sachsen.de](http://www.recht-sachsen.de)  
Verantwortlicher Redakteur: Frank Unger

**Druck:**

Stoba-Druck GmbH  
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

**Redaktionsschluss:**

7. März 2024

**Bezug:**

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 229,49 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 55,88 Euro Postversand) bzw. 127,14 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 7,28 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Ludwig-Hartmann-Str. 40, 01277 Dresden  
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 